

Herr Meskendahl gibt erläuternde Informationen zu der Tischvorlage betreffend die Prioritätenliste. Er berichtet von positiven Gesprächen mit der Kommunalaufsicht hinsichtlich der Prioritätenliste und der daraus resultierenden Hoffnung, dass im laufenden Jahr erheblich früher mit positiven Signalen der Bezirksregierung zu Investitionsvorhaben zu rechnen ist als in den Vorjahren.

Frau Ebbinghaus bittet um Auskunft darüber, inwieweit der bisher nicht genehmigte Landeshaushalt Auswirkungen auf Fördermittel für das Innenstadtkonzept hat. Der Bürgermeister erwidert, dass hierzu zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage getroffen werden kann.

Es folgen die Reden der Fraktionsvorsitzenden zum Haushalt 2011.

Herr Viebach führt aus, dass der städtische Haushalt so prekär wie nie zuvor ist. Auch die gestiegenen Gewerbesteuererinnahmen reichen nicht aus für eine deutliche Verbesserung der Situation. Er weist die Kritik des Bürgermeisters an der Haltung des Landrates zurück; auch der Landrat nutze alle Möglichkeiten, um die Kommunen nicht zu belasten.

Herr Viebach ist der Auffassung, dass das Finanzsystem überarbeitet werden müsste, auch über eine Klage gegen das Gemeindefinanzierungskonzept sollte nachgedacht werden. Herr Viebach äußert auch Vorwürfe an die rot-grüne Landesregierung.

Die CDU wird keine andere Wahl bleiben, als Steuererhöhungen in der Stadt Radevormwald zuzustimmen, um weiterhin dem Bürger auch Leistungen anbieten zu können.

Herr Viebach ist der Auffassung, dass die Verwaltung die Schulstandorte stärken muss, um dem demographischen Wandel entgegen zu wirken.

Außerdem bekennt sich die CDU zum Betriebshof; das Ende des Projektes „Shared Services“ erfordert dort Investitionen, es darf keine Diskussion über Standards aufkommen.

Herr Viebach geht auf die Belastungen der Mitarbeiter der Verwaltung ein, macht die Wichtigkeit von Spielplätzen im Hinblick auf junge Familien in der Stadt deutlich und unterstreicht die Bedeutung der Förderung des Ehrenamtes. Er verdeutlicht, dass der letzte Spielraum genutzt werden muss, damit die Stadt Radevormwald lebens- und liebenswert bleibt, und erklärt, dass er mehr Engagement für den Bürger von der Verwaltungsspitze erwartet.

Herr Stark geht ebenfalls auf die geringen Spielräume im Haushalt 2011 ein, die er nicht zuletzt in der systembedingt schlechten Finanzausstattung der Kommunen sieht. Er dankt dem Bürgermeister und dem Kämmerer für den Haushaltsentwurf, da durch diesen der Bestand gesichert werden kann. Er erklärt, dass die SPD-Fraktion die Initiativen bezüglich der Innenstadt unterstützen und dankt der Mitwirkung der Bürger. Die SPD-Fraktion unterstützt die investiven Maßnahmen im Bereich Schule und Bildung und äußert den Wunsch zu einem breiten Konsens der demokratischen Parteien in Radevormwald. Herr Stark erwartet einen größeren Betrag für die Instandsetzung der Straßen sowie Bereitstellung von Mitteln für die DSL-Anbindung der Wupperrorte sowie das Tourismuskonzept. Er führt aus, dass die Erhöhungen der Kommunalsteuern nicht leicht fallen, man aber leider nicht umhin kommt, diesen Schritt zu tun.

Herr Stark spricht ein Lob aus in Richtung der Landesregierung für die zusätzlichen Zuweisungen und wünscht abschließend dem Bürgermeister und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine glückliche Hand bei der Umsetzung der geplanten Maßnahmen.

Herr Schröder erklärt, dass der Haushalt geprägt ist von Zahlungen an übergeordnete Stellen, die letztendlich der Kommune nur einen begrenzten Spielraum ermöglichen. Beispielhaft führt er die Kosten für die deutsche Einheit in Höhe von 10,1 Mio. € an. Er geht auf den schlechten Zustand der Straßen in Radevormwald ein und zeigt sich erfreut, dass für deren Instandsetzung 200.000 € mehr als ursprünglich geplant veranschlagt worden sind. Außerdem fordert er vermehrte Aktivitäten zur Vermarktung von Gewerbeflächen und weitere Bemühungen, die Stadt Radevormwald attraktiv für junge Leute zu machen, beispielsweise auch durch Schaffung neuer Arbeitsplätze. Herr Schröder bedauert die Einstellung des Projekts „Shared Services“.

Letztendlich wird die FDP-Fraktion dem Haushalt mit „leichtem Zähneknirschen“ zustimmen.

Herr Haselhoff führt aus, dass die Zeiten für Wünsche der Vergangenheit angehören. Die Abseignung von Selbstverständlichkeiten und Sparen ist angesagt. Auch er kritisiert die hohen Zahlungen an Bund und Land. Er sieht in der Tatsache, dass freiwillige Leistungen beschnitten werden müssen, die Gefahr, dass dies an die Substanz von Vereinen und Institutionen geht, und warnt davor, dass Jugendliche ohne Fürsorge später höhere Kosten verursachen als ursprünglich bei ihnen eingespart wurde. Den notwendigen Ausgaben kann nach seiner Auffassung nur durch Steuererhöhungen entgegengewirkt werden.

Laut Herrn Ebbinghaus befindet sich der Haushalt in einer Schieflage, jedoch sei das Signal falsch, dass Bemühungen zur Rettung vergeblich sind. Er erklärt, dass Budgets verteilt und nicht als Kostenstellen betrachtet werden sollen. Er wirft dem Bürgermeister vor, dass dessen Aussage, der Haushalt würde kein Einsparungspotenzial bieten, unrichtig sei. Die Liste der über- und außerplanmäßigen Ausgaben sieht Herr Ebbinghaus als versteckte Subventionen für die Bäder-GmbH. Er wirft der Verwaltung vor, gegen den Grundsatz der Klarheit und Wahrheit verstoßen zu haben, als Beispiel dafür führt er die nach seiner Meinung überhöhten Preise für das Schwimmen an. Hinsichtlich der Entwicklung der Innenstadt attestiert er zwar die Einigkeit seiner Fraktion mit der Mehrheit des Rates, jedoch Uneinigkeit bezogen auf die Maßnahmen. Nach seiner Auffassung besteht Grund und Gelegenheit genug, um noch einmal über die Haushaltsplanung nachzudenken; Radevormwald habe kein Einnahme- sondern ein Ausgabeproblem. Dem Rat fehle es an Bereitschaft und politischem Willen, die finanziellen Probleme der Stadt aufzugreifen und zu bearbeiten. Abschließend erklärt Herr Ebbinghaus, dass die AL-Fraktion den Haushaltsentwurf aus inhaltlichen und rechtlichen Gründen nicht mittragen kann.

Herr Ronsdorf erklärt, dass nach seiner Auffassung ein bürgerfreundlicher Haushalt anders aussieht. Die Stadt befindet sich in einer finanziellen Schieflage, die vielen und katastrophalen Fehlentscheidungen zu verdanken sei. Die „Altparteien“ hätten die Stadt an die Wand gefahren; allein die geplante Erhöhung der Grundsteuer komme einer schleichenden Enteignung gleich, wodurch sich ein Trend zum Sozialismus abzeichne. In der Stadt Radevormwald sieht er keine Alternativen für Jugendliche. Drastische Kürzungen bei deutschen Mitbürgern stehen steigende Ausgaben für SGB II-Empfänger gegenüber, wobei hier besonders stark angestiegene Leistungen für Asylbewerber ins Auge springen. Die proNRW-Fraktion kann daher keine Zustimmung zum Haushaltsentwurf erteilen.

Herr Ullmann bestätigt die Kritik einiger seiner Vorredner bezüglich der Höhe der Kreisumlage. Er spricht dem Haushalt die Transparenz ab und führt die Finanzierung des life-ness als Beispiel an. Nach seiner Auffassung ist eine Genesung des städtischen Haushaltes nicht durch weitere Sparmaßnahmen erreichbar, denn diese verringern die Attraktivität der Stadt und damit auch weitere, dringend notwendige, Einnahmen. Herr Ullmann lobt den vorgelegten Stellenplan. Nicht leisten könne man sich eine weitere Einschränkung von Leistungen, wenn die Stadt eine Zukunft haben soll.